

22

85

Union in Deutschland

Bonn, den 4. Juli 1985

Gerhard Stoltenberg:

Kräfte des Aufschwungs weiter gestärkt

Das Bundeskabinett hat auf seiner Sitzung am 1. Juli 1985 den Entwurf des Bundeshaushalts 1986 und den Finanzplan 1985 bis 1989 beschlossen. Das Haushaltsvolumen 1986 beträgt 263,9 Mrd. DM. Damit wachsen die Ausgaben gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um 2,4 % (ohne Berücksichtigung der 1985 noch auf der Ausgabenseite veranschlagten zusätzlichen EG-Abführung von 1,6 Mrd. DM).

Im Finanzplan sind für 1987 Ausgaben von 271,7 Mrd. DM, für 1988 von 279,7 und für 1989 von 287,9 Mrd. DM vorgesehen. Die Steigerungsrate beträgt jeweils 2,9 %. Die Nettokreditaufnahme soll 1986 mit 24,95 Mrd. DM wie in diesem Jahr knapp unter 25 Mrd. DM liegen. Für 1989 ist eine Rückführung auf 23,3 Mrd. DM eingeplant.

Dazu erklärte der Bundesminister der Finanzen, Gerhard Stoltenberg, vor der Bundespressekonferenz in Bonn:

1. Die Bundesregierung hält mit ihren Beschlüssen an der Linie eines begrenzten Anstiegs der Bundesausgaben fest. Sie will damit die Voraussetzung für Geldwertstabilität, niedrige Zinsen, einen Rückgang

**In dieser Ausgabe
lesen Sie:**

DEUTSCHLAND- POLITIK

Bundeskanzler Helmut Kohl sagte vor der Presse in Bonn: „Unsere Linie ist klar“

Seite 7

EG-GIPFEL

Mailand war die Stunde der Wahrheit

Seite 10

ARBEITSMARKT

Zahl der Arbeitslosen ging zurück. Bundesarbeitsminister Blüm sieht positive Grundtendenzen

Seite 12

ABGAS- KOMPROMISS

Bundesinnenminister Zimmermann erklärte zu dem Luxemburger Kompromiß: „EG-Beschlüsse führen zu einer drastischen Reduzierung der Schadstoffe“

Seite 14

CDU-EXTRA

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, sagte zur gegenwärtigen Arbeitsmarktlage: „Wir setzen auf die Kräfte des Marktes“

gelber Teil

DOKUMENTATION

Lebenssituation, Wünsche und Erwartungen der älteren Menschen

grüner Teil

der Staatsquote und weitere Steuersenkungen fördern.

Im Durchschnitt der 70er Jahre stiegen die Bundesausgaben um 9 %. 1980 bis 1982 waren es 6 bzw. 8 und 5 %. Unter der Verantwortung dieser Bundesregierung betragen die Zuwachsraten

1983:	0,9 %
1984:	2,0 %
1985:	2,6 %
1986:	2,4 %
1987 bis 1989:	2,9 %

Nur auf der Basis dieser Ausgabenpolitik ist es möglich, die Neuverschuldung zu begrenzen und längerfristig weiter zurückzuführen.

2. Die Finanzhilfen des Bundes werden 1986 um 6,9 % auf 13,5 Mrd. DM gesenkt. Bis 1989 ist im Jahresdurchschnitt ein Subventionsabbau im Haushalt um 6,5 % jährlich vorgesehen.

3. Gegenüber dem bisherigen Finanzplan sind die Steuereinnahmen für 1986 um rd. 6,5 Mrd. DM zurückgegangen — vor allem aufgrund größerer Stabilität bei Löhnen und Preisen. Trotzdem wurde die Nettokreditaufnahme auf das Vorjahresniveau von 25 Mrd. DM begrenzt, weil die Steuerausfälle durch einen gegenüber der Fi-

nanzplanung um gut 4 Mrd. DM niedrigeren Ausgabenrahmen und einen auf 12,5 Mrd. DM erhöhten Bundesbankgewinn ausgeglichen werden konnten.

4. Die Gesamtsumme der investiven Bundesausgaben geht 1986 gegenüber 1985 um 421 Mio. DM auf 34,8 Mrd. DM zurück. Von wesentlicher Bedeutung für diesen Rückgang ist, daß die Zuführung von Haushaltsmitteln an bundeseigenen Unternehmen bzw. Bundesbeteiligungen 1986 um 456 Mio. DM verringert werden kann. Hierin spiegelt sich vor allem der Erfolg an Verlustabbau einzelner Firmen wider.

Die Wirkungen des Bundeshaushalts 1986 und der ergänzenden Beschlüsse für die Investitionsförderung sind über die Einzelansätze hinaus positiv. Von besonderer Bedeutung ist die vorgesehene Verbesserung bei Abschreibungen für Wirtschaftsgüter, Gebäude. Sie wird im Entstehungsjahr Steuerausfälle bei Bund, Ländern und Gemeinden von bis zu 1 Mrd. DM, dann ansteigend auf 3,5 bis 4 Mrd. DM bringen und private Investitionen in erheblicher Größenordnung auslösen. Ferner steht 1986 und 1987 zunächst durch Verpflichtungsermächtigungen ein zusätzlicher Verfügungsrahmen von jeweils 660 Mio.

Gesamtübersicht

Haushaltsentwurf 1986/Finanzplan 1985 bis 1989 — in Mrd. DM —

	Soll 1985	Entwurf 1986	Finanzplan		
			1987	1988	1989
Ausgaben	259,34	263,93	271,7	279,7	287,9
Steigerung in v. H. gegenüber Vorjahr	2,6*	2,4*	2,9	2,9	2,9
Einnahmen					
Steuereinnahmen	207,70	211,76	221,9	229,6	241,2
Verwaltungseinnahmen	26,30	26,89	24,5	24,7	23,0
– davon Bundesbankgewinn		12,50	10,0	10,0	8,0
Münzeinnahmen	0,35	0,33	0,4	0,4	0,4
Nettokreditaufnahme	24,99	24,95	24,9	25,0	23,3

* Ohne EG-Zuschüsse in Höhe von 646 Mio. DM 1984 und 1600 Mio. DM 1985.

Entwurf Bundeshaushalt 1986

- Einzelplanübersicht - Ausgaben

EINZELPLAN	SOLL 1985	ENTWURF 1986	Veränderung gegen Vorjahr
	— in Mio. DM —		— in v. H. —
01 Bundespräsidialamt	17,0	18,6	+ 9,4
02 Bundestag	420,5	444,8	+ 5,8
03 Bundesrat	11,1	11,9	+ 7,2
04 Bundeskanzleramt	479,3	500,8	+ 4,5
05 Auswärtiges Amt	2435,7	2480,6	+ 1,8
06 Inneres	3703,1	3812,9	+ 3,2*)
07 Justiz	378,3	387,1	+ 2,3
08 Finanzen	3811,7	3476,1	- 8,2*)
09 Wirtschaft	5021,0	4090,4	- 18,5
10 Ernährung, Landwirtschaft	6580,8	6814,5	+ 3,6
11 Arbeit und Soziales	56846,7	58831,9	+ 3,5
12 Verkehr	25182,7	25446,2	+ 1,1*)
13 Post- und Fernmeldewesen	15,0	15,4	+ 2,7
14 Verteidigung	49014,4	50300,0	+ 3,1*)
15 Jugend, Familie, Gesundheit	16074,4	18206,3	+ 13,3
19 Bundesverfassungsgericht	12,9	13,4	+ 3,9
20 Bundesrechnungshof	42,7	41,7	- 2,3
23 Wirtschaftl. Zusammenarbeit	6615,2	6784,0	+ 2,6
25 Raumordnung, Bauwesen	5899,1	5951,5	+ 0,9
27 Innerdeutsche Beziehungen	623,4	759,9	+ 21,9
30 Forschung und Technologie	7193,2	7449,4	+ 3,6
31 Bildung und Wissenschaft	4020,0	4016,5	- 0,1
32 Bundesschuld	33135,2	34504,6	+ 4,1
33 Versorgung	9993,7	9575,1	- 4,2
35 Verteidigungslasten	1709,0	1766,3	+ 3,4
36 Zivile Verteidigung	827,7	851,5	+ 2,9
60 Allgemeine Finanzverwaltung	19276,3	17378,9	- 9,8
GESAMTSUMME	259340,0	263930,0	+ 2,4**)

*) Unter Berücksichtigung von Personalverstärkungsmitteln

**) Ohne EG-Zuschüsse in Höhe von 1 600 Mio. DM in 1985

DM für die Stadterneuerung allein im Bundeshaushalt zur Verfügung. Schließlich werden durch die ergänzenden Maßnahmen, insbesondere im ERP-Haushalt, Investitionen von voraussichtlich mehreren Milliarden DM ausgelöst.

5. Die Bundesregierung hat folgende Maßnahmen beschlossen, um die Investitionskraft der Wirtschaft zu steigern und den Anpassungsprozeß im Baubereich zu erleichtern:

a) Für neue Wirtschaftsgebäude (Stichtag: Bauantrag nach dem 31. März 1985)

werden der steuerliche Abschreibungszeitraum von 50 auf 25 Jahre gesenkt und die degressive Gebäudeabschreibung verbessert.

Der Bundesminister der Finanzen wird im Kabinett im August einen ergänzenden Vorschlag zur Sicherung des Präferenzvorsprungs für das Zonenrandgebiet und Berlin in Verbindung mit dem förmlichen Gesetzentwurf vorlegen.

b) Der Einbau von Heizungs- und Warmwasseranlagen in Gebäude, die im Zeitpunkt des Einbaus mindestens zehn Jahre

bestehen, wird in die Abschreibungsvergünstigung des Paragraphen 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung einbezogen (Stichtag: Fertigstellung nach dem 30. Juni 1985).

c) Bei der Stadterneuerung wird der Bund seinen Verfügungsrahmen für die Programmjahre 1986 und 1987 auf jeweils 1 Mrd. DM verdreifachen. Dabei geht der Bund davon aus, daß Länder und Gemeinden ihre komplementären Leistungen verdoppeln.

d) Das ERP-Sondervermögen wird seine Planansätze neben einer bereits länger vorgesehenen Erhöhung um jährlich 200 Mio. 1986 und 1987 um je 800 Mio. DM aufstocken und vor allem die ERP-Umweltschutzprogramme, aber auch das Gemeindeprogramm sowie die Investitions-hilfen für Betriebsverlagerungen (Standortprogramm) erweitern. Zur Finanzierung dieser Programme trägt der Bundeshaushalt bei, daß er vom ERP-Sondervermögen ein Berlin-Bevorzugungsdarlehen in Höhe von 210 Mio. DM — zahlbar in vier Jahresraten ab 1986 — übernimmt.

e) Die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Lastenausgleichsbank werden ihre

zinsgünstigen Kreditangebote an die mittelständische deutsche Wirtschaft und an die Gemeinden insgesamt um über 4 Mrd. DM ausweiten.

6. Die Ausgabenansätze erhalten die finanziellen Auswirkungen mehrerer bereits beschlossener Maßnahmen, die in den kommenden Monaten bzw. zum 1. Januar 1986 in Kraft treten, insbesondere

■ Aufwendungen für den **Kindergeldzuschlag** für Geringverdienende in Verbindung mit der Anhebung der Kinderfreibeträge im Steuersenkungsgesetz,

■ Einführung eines **Erziehungsgeldes** für alle Mütter bzw. Väter,

■ Verbesserungen im **Wohngeldgesetz**,

■ Leistungen des Bundes an die **Rentenversicherungsträger** für die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung.

Das Bundeskabinett hat ferner beschlossen, in seiner Gegenäußerung zu der Stellungnahme des Bundesrates an dem vorgesehenen Inkrafttreten des Gesetzes zur steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums zum 1. Januar 1987 festzuhalten.

Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude

Der tiefgehende Wandel der Wirtschaft verlangt eine rasche Anpassung an die gewandelten Verhältnisse durch Erneuerung und Erweiterung des betrieblichen Anlagevermögens. Dieser Vorgang ist durch auf Dauer angelegte Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Wirtschaft zu unterstützen und zu beschleunigen.

Deshalb hält es die Bundesregierung für erforderlich, die steuerlichen Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude zu verbessern. Dies soll zu günstigeren Rahmenbedingungen für Investitionen

in neue Wirtschaftsgebäude führen. Zugleich ist damit die Absicht verbunden, in der gegenwärtigen Wirtschaftsphase zur Verstärkung der Bautätigkeit und damit der Beschäftigungslage der Bauwirtschaft beizutragen.

Die verbesserten Abschreibungsbedingungen sollen nur für neue Wirtschaftsgebäude gelten. Eine Einbeziehung auch des Altbestandes würde der wirtschaftsfördernden Zielsetzung der Maßnahme nicht gerecht werden und infolge zusätzlicher hoher Steuermindereinnahmen über erneut steigende Haushaltslücken wachsen.

Finanzhilfen

Bezeichnung	Ist- 1984	Soll 1985	Entwurf 1986	Plan 1987	Plan 1988	Plan 1989
Millionen DM (evtl. Differenzen durch Rundung)						
Branntweinmonopol	266,9	280,0	280,0	280,0	280,0	280,0
Kohleheizkraftwerke und Fernwärme	64,3	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0
Versorgung mit mineralischen Rohstoffen	40,9	48,0	43,0	40,0	38,0	35,0
Zuschüsse zu Kohleveredlungsanlagen	14,2	30,0	21,0	20,0	16,0	10,0
Kokskohlebeihilfe	1350,0	1000,0	700,0	700,0	700,0	700,0
I.-Zuschüsse Steinkohlenbergbau	127,6	100,0	80,0	95,0	80,0	80,0
Zuschüsse Eschweiler-Bergwerks-Verein	56,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anpassungsgeld im Steinkohlenbergbau	133,4	170,0	165,0	170,0	173,0	178,0
Erstattung von Erblasten des Steinkohlenbergbaus	106,8	100,0	90,0	90,0	90,0	20,0
Schuldbuchförderung der Ruhrkohle AG	20,1	20,1	20,1	20,1	20,1	20,1
Entwickl. Innovation	40,6	60,0	30,0	20,0	10,0	0,0
DEMINEX	136,2	110,0	120,0	50,0	0,0	0,0
F. u. E. kl. und mittl. Unternehmen	320,0	380,0	400,0	400,0	400,0	0,0
Zinszuschüsse Eigenkapitalhilfe-programm	54,8	103,6	125,0	158,0	170,0	145,0
Maßnahmen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe	118,6	128,4	126,0	127,9	129,3	129,7
Luftfahrttechnik/Ziv. Flugzeugbau	309,0	670,0	491,0	392,0	356,0	405,0
Werthilfen	167,6	230,0	200,0	200,0	200,0	200,0
GA-Zuschüsse u. Frachthilfen an gewerbliche Betriebe	196,9	219,9	218,9	218,9	224,9	229,9
Maßnahmen im Stahlbereich	881,2	385,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuschüsse an saarländische Stahlindustrie	34,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gasölverbilligung	626,6	640,0	635,0	635,0	635,0	635,0
Landwirtschaftliche Unfallversicherung	279,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0
Landabgaberechte	275,7	268,0	271,0	269,0	265,0	260,0
Vergütung für die Aufgabe der Milcherzeugung	0,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
GA „Agrarstrukturschutz/ Küstenschutz“	896,2	1006,0	1006,0	1006,0	1006,0	1006,0
Zinsverbilligung Agrarmaßnahmen	98,1	80,0	64,0	50,0	38,0	26,0
Soziale Maßnahmen Arbeitnehmer Kohle- und Stahlindustrie	64,5	53,1	71,1	71,1	71,1	71,1
Pauschale Transit DDR	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Seeschiffahrtshilfen	282,1	255,0	305,0	290,0	210,0	200,0
Sozialer Wohnungsbau	1881,9	2129,6	2085,9	1945,0	1825,9	1659,6
Sonderprogramm Wohnungsbau	261,4	470,0	355,0	237,5	147,5	135,0
Wohngeld	1205,6	1482,0	1708,0	1872,0	1832,0	1787,0
Wohnungsbauprämien	468,7	1060,0	970,0	980,0	990,0	990,0
Modernisierung, Instandsetzung und Heizenergieeinsparung	179,0	112,7	94,1	76,3	49,7	35,9
Externe Vertragsforschung kleine und mittlere Unternehmen	21,9	41,0	50,0	50,0	53,0	60,0
Mikroelektronik	127,1	41,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forschung- u. Entwicklungskapazität in der Wirtschaft	0,0	55,0	110,0	150,0	150,0	120,0
Fertigungstechnik	69,7	140,0	155,0	160,0	85,0	45,0
Sparprämien	1449,1	1000,0	900,0	500,0	0,0	0,0
Land/Luftreiseverkehr Berlin	619,2	622,0	624,0	627,0	625,0	625,0
Zinszuschüsse an die KFW	92,1	82,0	40,0	30,0	12,0	1,0
zusammen	13387,6	14202,4	13184,1	12560,7	11512,5	10719,3
Gonstiges	213,2	272,9	281,6	214,7	292,6	362,5
zusammen	13600,8	14475,3	13465,7	12775,4	11805,1	11081,8

tums- und beschäftigungspolitisch eher das Gegenteil der angestrebten Belebung der Wirtschaft bewirken. Die Verfassungsressorts haben hierzu festgestellt, daß die Beschränkung auf neue Wirtschaftsgebäude verfassungsrechtlich vertretbar ist.

1. Für **Gebäude**, die zu einem **Betriebsvermögen** gehören und zu nicht mehr als 33 1/3 % Wohnzwecken dienen (**Wirtschaftsgebäude**) und für die der **Antrag auf Baugenehmigung nach dem 31. März 1985** gestellt worden ist, wird der Abschreibungszeitraum von 50 auf 25 Jahre verkürzt, so daß für diese Gebäude die lineare AfA grundsätzlich jährlich 4 % statt bisher 2 % der Herstellungskosten oder Anschaffungskosten des Gebäudes beträgt.

2. Gleichzeitig wird für die in Nr. 1 bezeichneten Gebäude die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von degressiven Abschreibungen verbessert. Die AfA-Staffel wird auf den Abschreibungszeitraum von 25 Jahren umgestellt und die Abschreibungssätze werden insbesondere in den Anfangsjahren stark angehoben. Die degressive Gebäude-AfA beträgt danach

4 Jahre	jeweils 10 %	(40 %)
3 Jahre	jeweils 5 %	(15 %)
18 Jahre	jeweils 2,5 %	(45 %)
25 Jahre		100 %

Die degressiven Abschreibungen können, wie bisher, nur vom Bauherrn oder demjenigen in Anspruch genommen werden, der das Gebäude im Jahr der Fertigstellung erwirbt.

Förderung des Einbaus moderner Heizungs- und Warmwasseranlagen

Nachdem Einvernehmen darüber besteht, daß die Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums zum 1. Januar 1987 wirksam wer-

den soll, stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß insbesondere auch aus umweltpolitischen Gründen der Einbau neuer Heizungs- und Warmwasseranlagen bei Gebäuden steuerlich gefördert werden sollte. Dies soll vor allem den Eigentümern selbstgenutzter Wohnungen zugute kommen. Der Einbau von Heizungs- und Warmwasseranlagen in Gebäuden, die im Zeitpunkt des Einbaus mindestens zehn Jahre bestehen, soll in die Abschreibungsvergünstigung des Paragraphen 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung einbezogen werden. Die Aufwendungen für den Einbau dieser Anlagen können dann zehn Jahre lang mit jeweils 10 vom Hundert als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abgezogen werden.

Nach dem Wegfall der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums, der ab 1. Januar 1987 vorgesehen ist, können diese Abzugsbeträge wie Sonderausgaben abgezogen werden. Die Förderung soll für Einbauten gelten, die nach dem 30. Juni 1985 fertiggestellt werden.

Chemie schafft 10 000 Arbeitsplätze

Erweiterungsinvestitionen in der chemischen Industrie werden in diesem Jahr voraussichtlich 5000 bis 10 000 neue Arbeitsplätze schaffen, erklärte der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Heinz-Gerhard Franck, bei der Vorlage des Jahresberichtes 1984. Die chemische Industrie der Bundesrepublik Deutschland werde in diesem Jahr etwa 7,6 Mrd. DM investieren, fast 9 % mehr als vor einem Jahr. 43 % der Investitionen dienen der Produktionserweiterung und der Schaffung neuer Anlagen. Anfang Juni lag die Beschäftigtenzahl in den Chemieunternehmen mit 552 000 um 1 % höher als im Vorjahr.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Bundeskanzler Helmut Kohl: Unsere Linie ist klar

Bundeskanzler Helmut Kohl stellte sich am Donnerstag, 4. Juli 1985 den Fragen der Bundespressekonferenz in Bonn und machte dabei vor allen Dingen Ausführungen über die aktuellen Fragen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie zur Deutschlandpolitik. Zunächst sagte der Bundeskanzler einiges zu dem Thema Deutschlandpolitik:

Wie Sie wissen, hatte ich aus Anlaß der Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär der Sowjetunion eingehende Gespräche in Moskau mit Generalsekretär Honecker und einige Wochen danach hier mit dem Politbüromitglied Dr. Mittag. Wir waren uns in beiden Gesprächen klar, daß es gilt, auch in einer schwierigen Lage die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland weiter zu verbessern, wobei wir uns auch darüber im klaren waren und sind, daß derzeit keine spektakulären Fortschritte zu erwarten sind. Gleichwohl — das will ich betonen — sind Ankündigungen von Generalsekretär Honecker, die er im Gespräch in Moskau machte, umgesetzt worden.

Es gibt eine erfreuliche Zunahme der Reisen aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten. In den ersten fünf Monaten ist das eine Steigerung von rund 18 %. Wir erwarten und hoffen sehr, daß sich diese Tendenz noch weiter verstärkt. Wir haben eine Zunahme bei den Rentnerreisen aus der DDR hier in die Bundesrepublik Deutschland. Der Jugendaustausch

kommt zwar sehr zähflüssig, aber immerhin wieder in Gang. Wir haben eine erfreuliche Weiterentwicklung der Zahl der Übersiedlungen aus der DDR. Und im Felde des Umweltschutzes sind die in Aussicht genommenen Gespräche weiter vorangekommen.

Wir stehen auch in Fragen der Ausweitung und Strukturverbesserung des innerdeutschen Handels in einer verbesserten Position. Wir sind der Auffassung, daß der Swing unter Berücksichtigung der Ausweitung des Handels für die nächsten fünf Jahre angemessen festzusetzen ist.

Die Verhandlungen auf anderen Gebieten gehen weiter. Ich nenne hier vor allem Kulturverhandlungen, Verhandlungen über Maßnahmen zur Reduzierung der Salzfracht in der Werra, Verhandlungen über eine Grunderneuerung von Abschnitten der Autobahn Berlin—Hirschberg.

Wir haben ein ganz besonders schwieriges, auch für uns bedrückendes Problem im Blick auf die illegale Einreise von Ausländern über den Flughafen Schönefeld in Berlin. Wir sind in dem eben erwähnten Gespräch sehr intensiv auf diesen Punkt gekommen. Die Zahlen sind für uns gänzlich inakzeptabel. Vom 1. Januar d. Js. bis zum letzten Maitag sind es rund 17000 illegale Einreisen von Ausländern, die über den Flughafen Schönefeld nach Berlin gekommen sind. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß diese Art und Weise der Behandlung des Problems für uns nicht akzeptabel ist. Wir haben darüber auch sehr intensive Gespräche eröffnet, und ich hoffe sehr, daß diese Gespräche zu vernünftigen Ergebnissen führen.

In den grundsätzlichen Fragen ist es ganz klar, daß unsere Position sein muß und sein wird, auch in Zukunft die Teilung für die Menschen in Deutschland weniger fühlbar zu machen, dort, wo es möglich ist, die Zusammenarbeit zu verbessern, Rahmenbedingungen zu schaffen für mehr Austausch, Kontakte, für mehr Freizügigkeit im Reiseverkehr, vor allem um ein Stück mehr Menschlichkeit mitten in Deutschland bemüht zu sein.

Sie hatten ja die Debatte alle miterlebt im Zusammenhang mit der Stationierung der Pershings, als damals die Rede war an der Jahreswende 1983/1984 von einer drohenden neuen Eiszeit in den Beziehungen zwischen der DDR und uns. Gott sei Dank ist diese Entwicklung so nicht eingetreten. Diese Zusammenarbeit in einem sehr schwierigen Abschnitt der Weltpolitik lebt vom Geben und Nehmen, aber nicht notwendigerweise im gleichen Bereich. Wir können auch ohne vertragliche Verknüpfung in unterschiedlichen Bereichen weiterkommen. Die Methode hat sich damals bewährt. Ich bin ganz optimistisch, daß sie sich auch in den nächsten Jahren bewähren wird.

Aus konkretem Anlaß will ich dabei noch einmal deutlich auf die Grundsätze und Ziele der Deutschlandpolitik der von mir geführten Regierung und Koalition hinweisen. Wir sind berechenbare Partner, wir sagen klar, was wir wollen. Und wir sagen auch ebenso klar, was wir nicht wollen.

Dazu gehört auch unser Standpunkt zur Frage der deutschen Staatsangehörigkeit. Es ist eine ziemlich deprimierende Entwicklung, daß die deutschen Sozialdemokraten zu dieser ganzen Politik keinen positiven Beitrag mehr leisten und daß sie in allen Fällen Positionen aufgegeben haben, die bislang gemeinsame Positionen der Bundesrepublik Deutschland waren. Ich

bin sicher und ich weiß das aus mancherlei Begegnungen und auch Briefen, daß unsere Landsleute in der DDR ein waches Bewußtsein dafür haben, daß wir eben aus gutem Grund über die Präambel unseres Grundgesetzes nicht mit uns diskutieren lassen.

Ich habe in meiner Regierungserklärung gesagt: Die Bundesregierung steht uneingeschränkt zum Grundlagenvertrag, zu den Ostverträgen. Wir sind vertragstreu, aber das Festhalten an der offenen deutschen Frage, am Prinzip Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrecht für alle Deutschen steht nicht nur dazu nicht im Widerspruch, es kann niemals für uns zur Disposition gestellt werden. Und wer eine solche Grundeinstellung als Revanchismus diffamiert, wie wir das von der östlichen Seite, nicht zuletzt aus Warschau, in den letzten Monaten gehört haben, muß wissen, daß das für uns eine inakzeptable Form des Gesprächs und der Auseinandersetzung ist.

Die wirtschaftlichen Zahlen deuten auf eine positive Entwicklung 1986 hin

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik erklärte der Kanzler: Der Kollege Stoltenberg hat Ihnen den Haushalt 1986 in dieser Woche eingehend vorgestellt. Ich will dazu nur einige wenige Anmerkungen machen, gerade auch im Blick auf mancherlei aktuelle Diskussionen. Ich will noch einmal darauf hinweisen, daß am 1. Oktober 1982 bei meiner Wahl zum Bundeskanzler alle Daten, die jetzt hier in Vergleich gezogen werden können, auf eine Abwärtsentwicklung unserer Volkswirtschaft, auf einen totalen Vertrauensverlust hinwiesen.

Ich habe jetzt wieder sehr interessante Gespräche, wie dies bei den EG-Gipfeln

Üblich ist, über die wirtschaftliche Entwicklung in anderen europäischen Ländern führen können. Bei diesen Gesprächen werden immer wieder neueste OECD-Zahlen vorgelegt. Wenn wir diese Zahlen im einzelnen vergleichen mit dem, was bei unseren Nachbarn in Europa geschieht, ob es sich um das Wirtschaftswachstum handelt, ob es sich um die Preissteigerungsrate handelt — da liegen wir mit 2,3 % praktisch an der Spitze der Entwicklung der Industrienationen der Welt — ob es darum geht, wie wir im Vergleich zu anderen mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit fertig geworden sind, Export als Antriebselement der Konjunktur, Investition in unseren Betrieben, privater Verbrauch, der deutlich expandiert — das alles zeigt, daß der Aufschwung nicht nur in Gang gekommen ist, sondern, von wenigen Sektoren abgesehen, auch eine sehr positive Entwicklung für das Jahr 1986 verheißt.

Ich will auch angesichts mancher abwegiger, gelegentlich auch ganz und gar unsinniger Diskussionen in der Koalition doch darauf hinweisen, daß niemand in der Koalition, und ganz gewiß auch niemand in der deutschen Öffentlichkeit, fest damit rechnen konnte, daß wir zwei Jahre nach der Regierungsübernahme die jetzige Steuerreform in zwei Abschnitten mit einer Gesamtdimension von über 20 Mrd. DM möglich machen konnten.

Sie wissen so gut wie ich, daß das Hauptproblem in diesem Felde der Innenpolitik der Arbeitsmarkt ist. Jetzt sind wir noch nicht über den Berg.

Für mich war in Mailand sehr interessant, daß in seinem Bericht aus dem Bereich der Europäischen Kommission Jacques Delors darauf hingewiesen hat — das ist sozusagen signifikant eine Wiederkehr unserer Problematik —, daß nach seiner Überzeugung das Problem der Arbeitslosigkeit in Europa vor allem auch dadurch

so brisant geworden ist, weil der Mangel an Mobilität in den einzelnen europäischen Ländern inzwischen zu einem gravierenden Problem geworden ist.

Ich gehe davon aus, daß wir auch auf diesem Feld Fortschritte haben werden. Die Fortschritte werden, wie der Abbau der Arbeitslosigkeit, nicht über Nacht zu erreichen sein.

Sie wissen, daß die Sozialdemokraten, die jetzt diese Politik zum Teil heftig kritisieren, für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit mindestens vier Jahre ins Visier gefaßt hatten zu Beginn dieser Legislaturperiode. Sie hatten für Mitte der 80er Jahre eine Arbeitslosigkeit von drei Millionen vorausgesagt. All dies ist so nicht eingetroffen. Die Zahlen haben sich verbessert. Die Arbeitslosigkeit konnte gestoppt werden.

Für uns ist ein ganz entscheidender Punkt der Abbau der Zahl der Kurzarbeiter. Die Zahlen sind eklatant, wenn Sie 1982 mit 600 000 und den Juni 1985 mit 161 000 miteinander vergleichen. Mit einem Wort: Die Dinge bewegen sich langsam, aber — und ich sage das mit einer gewissen Genugtuung — sie wenden sich hier langsam zum Positiven. Wir haben auf diesem Gebiet enorme Anstrengungen unternommen, nicht zuletzt auch in der Gesetzgebung. Ich verweise auf das Beschäftigungsförderungsgesetz. Ich will in den nächsten Wochen in meinen Gesprächen mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern — heute abend werde ich ein Gespräch mit der Bundesleitung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft haben, in einigen Tagen mit der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes — noch einmal auch die Tarifpartner mit Nachdruck darauf hinweisen, daß es auch ihre Pflicht und ihre Chance ist, die neuen gesetzlichen Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes zur Beschaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen.

■ EG-GIPFEL

In Mailand „Stunde der Wahrheit“

Für die Bundesregierung hat der Mailänder Gipfel eine wünschenswerte Klärung der politischen Perspektiven der Gemeinschaft erbracht. Mailand ist insoweit tatsächlich zur „Stunde der Wahrheit“ geworden, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn vor der Bundespressekonferenz.

Zunächst ist festzustellen, daß wir in Mailand in zwei für die Zukunft der Gemeinschaft wichtigen Bereichen Beschlüsse von weittragender Bedeutung fassen konnten:

- zur Vollendung des Binnenmarktes und
- zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Technologie.

Beim Binnenmarkt kommt es jetzt darauf an, ein konkretes Aktionsprogramm zu erarbeiten, damit bis 1992 Fortschritte auf breiter Front erzielt werden können. Für uns war besonders bedeutsam, daß die Liberalisierung des Kapitalverkehrs unter den prioritären Aufgaben aufgeführt ist. Die Bundesregierung hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die interne Koordination des weiteren Vorgehens übernehmen wird. Die Beschlüsse des Europarates zur Technologie sind ein hoffnungsvolles Zeichen für die Bereitschaft der Gemeinschaft, die Herausforderung in diesem für unsere gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Bereich anzunehmen. Ich begrüße insbesondere, daß der Europarat die EUREKA-Initiative gebilligt hat, die auch das Ergebnis enger deutsch-französischer Abstimmung vor Mailand war. Dabei hat sich die Bundesregierung von Anfang an für ein flexibles

Vorgehen eingesetzt, so daß EUREKA auch Ländern außerhalb der EG offensteht.

In Mailand bestand schließlich Einvernehmen darüber, daß ein Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erarbeitet werden soll. Es ist richtig, daß der entsprechende Verfahrensbeschluß zur Einberufung einer Regierungskonferenz, die nicht nur diesen Vertrag aushandeln, sondern auch die auf dem Tisch liegenden Vorschläge für institutionelle Reformen behandeln soll, mehrheitlich und nicht einstimmig gefaßt wurde. Aber ich bin sicher, daß wir in der Frage eines Vertrages über außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit nicht weit auseinander sind. Das gilt vor allem für Großbritannien — dies sage ich auch nach dem Wirbel, der nach der Vorlage des deutsch-französischen Entwurfs entstanden ist.

Selbstverständlich sind wir zu einer engen Zusammenarbeit in dieser Frage auch mit Großbritannien bereit und ich halte daher Kritik und Gegenkritik über den Kanal nicht für hilfreich. Im übrigen hatte ich in einem Schreiben an Frau Thatcher vor dem Mailänder Gipfel ausdrücklich den britischen Entwurf begrüßt, allerdings gleichzeitig darauf hingewiesen, daß wir Überlegungen anstellten, wie wir die britischen Vorstellungen noch anreichern könnten. Wir haben mit dem deutsch-französischen Entwurf in einer für die Identität der Gemeinschaft fundamentalen Frage die Weichen neu gestellt. Wer daher behauptet, die gemeinsame Initiative von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland habe den ER beeinträchtigt, liegt falsch. Wir werden weiterhin an der

Spitze derjenigen stehen die Europa vorzubringen wollen. Darin weiß ich mich mit Präsident Mitterrand einig.

Natürlich wird es auch mit einigen Partnern über diese und andere Fragen noch Diskussionen geben.

Ministerpräsident Papandreou hat nach dem Gipfel erklärt, für Griechenland sei eine einheitlich europäische Außenpolitik völlig inakzeptabel. Demgegenüber sage ich: Für uns ist eine Gemeinschaft ganz und gar inakzeptabel, die nur einen gigantischen Umverteilungsapparat darstellt. Wie Sie wissen, hat das Kapitel „Institutionelle Reformen“ in Mailand zu einer besonders hartnäckigen Diskussion geführt. Dies war nicht anders zu erwarten. Wir werden aber auch hier beim Status quo nicht stehenbleiben können. Noch in Mailand haben die deutsche und französische Delegation ein detailliertes Papier erarbeitet, das unseres Erachtens eine gute Grundlage für eine konstruktive Lösung abgegeben hätte. Es wird nunmehr Sache der Regierungskonferenz sein, über diese und andere Vorschläge zu befinden.

Hierzu noch eine Anmerkung: Diejenigen, die wie wir für einen raschen Ausbau des Binnenmarktes eintreten, sollten sich fragen, ob sie denn nach all den Erfahrungen der letzten Jahre ernsthaft an die Möglichkeit glauben, die erforderlichen Beschlüsse auf diesem sehr komplexen Feld könnten im Wege der Einstimmigkeit durchgezogen werden. Ich bin in Mailand schließlich mit besonderem Nachdruck für eine Verstärkung der Rechte des Europäischen Parlaments eingetreten. Wir hatten noch vor Mailand allen Mitgliedstaaten ein Papier zukommen lassen, das sehr weitreichende Vorschläge zur Beteiligung des Europäischen Parlamentes am Entscheidungsverfahren des Rates enthielt. Dies ist ein elementares Anliegen, und wir lassen uns durch die ablehnende Haltung einiger Mitgliedstaaten nicht entmutigen.

Wir können die demokratische Komponente der Gemeinschaft, das Europäische Parlament, nicht länger vernachlässigen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, das Parlament und damit auch die Gemeinschaft dem Bürger zu entfremden.

Der Europäische Rat hat auch den Bericht des Ausschusses „Europa der Bürger“ ausdrücklich gebilligt, der konkrete Vorschläge u. a. im Bereich der Bürgerrechte, der Kultur, der Jugend, der Bildung und des Sportes enthält. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß in diesen Bereichen, die den Bürger in Europa unmittelbar betreffen, bald Ergebnisse erzielt werden können. Wir werden daher alles in unseren Kräften stehende tun, daß die für die Durchführung der einzelnen Vorschläge erforderlichen Verfahren zügig in Gang kommen. ■

Rekordgewinn der Bundespost

Die Bundespost hat 1984 einen Rekordgewinn von 3,3 Milliarden Mark erzielt. Dies geht aus dem Abschluß für das bisher erfolgreichste Geschäftsjahr des Bundesunternehmens hervor, über den der Postverwaltungsrat beraten hat. Der Postgewinn 1984 liegt um 1,1 Milliarden Mark über dem des Vorjahres. Im Posthaushalt 1984 waren die Investitionen um 15 Prozent höher als im Vorjahr und erreichten mit 14,6 Milliarden Mark ebenfalls einen Rekordstand.

Kabinett beschließt Bau des Hauses der Geschichte

Das Bundeskabinett hat nach Angaben von Regierungssprecher Friedhelm Ost den Bau eines Hauses der Geschichte in Bonn beschlossen. Es soll in erster Linie der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gewidmet werden. Im Haushalts für 1986 sind für den Bau 90 Millionen DM vorgesehen.

■ ARBEITSMARKT

Arbeitslosenzahl zurückgegangen Blüm: positive Grundtendenzen

Im Juni 1985 ging im Vergleich zum Vormonat Mai die Arbeitslosigkeit spürbar stärker zurück als 1984 und 1983. Berücksichtigt man den sehr starken Rückgang der Kurzarbeit, so ist das Ausmaß der Unterbeschäftigung niedriger als in den Junimonaten 1984 und 1983; denn der Wegfall von Kurzarbeit für drei Beschäftigte entspricht in der Beschäftigungswirkung der Eingliederung eines Arbeitslosen in einen Vollarbeitsplatz. Eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist unverkennbar; nicht nur die Zahl der Beschäftigten wächst, sondern auch die Zahl der offenen Stellen steigt spürbar an, stellt MdB Haimo George, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Daß die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen im Juni 1985 höher liegt als in den Vorjahren, war zu erwarten, weil noch nie in einem Sommer so viele Jugendliche die Schulausbildung abgeschlossen haben wie in diesem Jahr.

Die Schulerfsten haben in dem bevölkerungsstärksten Land Nordrhein-Westfalen bereits am 15. Juni 1985 begonnen; zur Sicherung des Anspruches auf Kindergeld müssen sich Jugendliche ab vollendetem 16. Lebensjahr beim Arbeitsamt melden, wenn sie noch keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle haben. Im Ergebnis erscheinen damit mehr Jugendliche als in früheren Jahren in der Arbeitslosenstatistik. Wie in früheren Jahren wird aber auch in diesem Jahr diese Art von Jugendarbeitslosigkeit ab September zurückgehen.

Ein sehr starker Berufsausbildungsjahrgang 1982/83 ist jetzt mit der Ausbildung fertig geworden; manche junge Menschen ohne Anschlußarbeitsvertrag müssen sich — meist nur für kurze Zeit — arbeitslos melden. Bedingt durch Betriebsferien war im Juni nur eine relativ geringe Zahl von Arbeitsvermittlungen festzustellen. Nach der Ferienzeit wird sich aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Bereits in den beiden zurückliegenden Jahren 1983 und 1984 waren die zweiten Halbjahre bestimmend für die Eindämmung des Zuwachses der Arbeitslosigkeit. Mit einer ähnlichen positiven Entwicklung ist auch für das zweite Halbjahr 1985 zu rechnen; für die weitere Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation besteht also kein Grund für eine pessimistische Vorabbeurteilung. Die vorliegende Bilanz des ersten Halbjahres 1985 erscheint in der Optik ungünstiger als in den Vorjahren, weil die Zahl der Arbeitslosen geringfügig höher ist; die **positiven Daten überwiegen jedoch:**

■ Das Ausmaß der Unterbeschäftigung ist trotz wachsenden Arbeitskräftepotentials zurückgegangen, weil der Rückgang der Kurzarbeit — bezogen auf das Arbeitsvolumen — eindeutig stärker ist als der Zuwachs der registrierten Arbeitslosigkeit.

■ Die Jugendarbeitslosigkeit ist dank gemeinsamer Anstrengungen der Wirtschaft und des Staates reduziert worden.

■ Der jahrelange Prozeß des Rückgangs der Zahl der Beschäftigten ist schon Ende 1984 gestoppt und inzwischen sogar in eine Phase der Zunahme der Zahl der Arbeitsverhältnisse übergeleitet worden.

Zu den Arbeitsmarktzahlen erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Obwohl die Situation auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor nicht befriedigen kann, treten die positiven Grundtendenzen immer deutlicher zutage.

Nachdem es der Bundesregierung gelungen war, die dramatische Aufwärtsentwicklung der Arbeitslosigkeit zum Stillstand zu bringen, tritt der Arbeitsmarkt jetzt in die Phase der Expansion ein. Die bedeutendste Nachricht: Erstmals seit 1980 geht die Beschäftigung nicht mehr zurück, sondern nimmt spürbar zu. Das ist das wichtigste und erfreulichste Ereignis und eine eindrucksvolle Bestätigung des wirtschafts- und finanzpolitischen Kurses dieser Bundesregierung. Als weitere Anzeichen der fortschreitenden Erholung sind zu nennen:

■ Die Zahl der offenen Stellen mit rd. 120 000 liegt um 21,2 Prozent über dem Vorjahresstand;

■ die Zahl der Kurzarbeiter ist auf rd. 161 000 gesunken und damit um 52,1 Prozent kleiner als im Vorjahr;

■ der Anteil derjenigen, die aus einer beruflichen Tätigkeit heraus arbeitslos werden, nimmt ab; dies ist ein eindeutiges Zeichen für die innere Festigung des Arbeitsmarktes.

Daß die Zahl der Arbeitslosen nicht noch stärker gesunken ist, liegt nicht zuletzt daran, daß der strukturbedingte Beschäftigungseinbruch im Baugewerbe die deutlich positiven Tendenzen in anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes — allein in der Investitionsgüterindustrie nahm die Zahl der Beschäftigten um mehr als 100 000 zu — z. T. neutralisiert.

Daher hat das Bundeskabinett am 1. Juli 1985 wichtige Maßnahmen insbesondere zur Belebung der Bauwirtschaft beschlossen. Dazu gehören u. a. die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten auf neue Wirtschaftsgebäude sowie die erhebliche

Aufstockung des Verfügungsrahmens für Maßnahmen der Stadterneuerung. Ich appelliere an Länder und Gemeinden, die bereitgestellten Mittel abzurufen und den durch unsere Konsolidierungspolitik wiedergewonnenen finanziellen Spielraum zu nutzen, ihrerseits Leistungen aufzustoßen. Dann wird es möglich sein, daß auch der Baubereich wieder Anschluß an die positive allgemeine Wirtschaftsentwicklung gewinnt. ■

Wende-Fakten

■ Seit 1983 gibt es wieder Plus-Wachstum!

Sonst wären weit mehr als 3 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet.

■ Seit 1983 gibt es wieder Plus-Investitionen!

Damit werden die Wirtschaft modernisiert und Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert.

■ Seit 1983 wächst der Export wieder! Damit werden Arbeitsplätze in der Gegenwart gesichert.

■ Seit 1983 liegen die Preissteigerungen unter 3 %!

Ein Prozent weniger Inflation bedeutet, daß über 20 Milliarden DM beim Bürger bleiben.

■ Seit 1983 ist die Staatsquote um 1,2 % zurückgegangen!

Dieser Quotenrückgang von 49,9 % auf 48,7 % entspricht einem Volumen von 21 Milliarden DM.

■ Seit 1983 gibt es im Saldo zehntausende von neuen Arbeitsplätzen!

Zum Vergleich: Von 1980 bis 1983 sank die Beschäftigtenzahl um über 950 000,

■ Seit 1983 gibt es „Lehrstellenrekorde“! Über 1,7 Millionen junge Menschen haben derzeit einen Ausbildungsplatz.

Fazit: Seit 1983 ist der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit — wenigstens — gestoppt!

■ ZITAT

100 000 neue Stellen

Die Nachricht ist erfreulich und ermutigend: Die Unternehmen der deutschen Metallindustrie haben in der letzten Zeit bei der Einstellung neuer Mitarbeiter kräftig zugelegt. Endgültige Zahlen liegen noch nicht vor, aber nach den Zwischenbilanzen und aufgrund der Personalplanung ist damit zu rechnen, daß in diesem wichtigen Industriebereich in den letzten zwölf Monaten mehr als 100 000 neue Stellen geschaffen wurden. Das kann sich sehen lassen, handelt es sich doch um den stärksten Anstieg bei den Belegschaften der Metallindustrie seit zwei Jahrzehnten.

Diese Erfolgsmeldung wird alle diejenigen überraschen, die sich längst an die Vorstellung gewöhnt haben, daß bei dem rasanten technischen Fortschritt gerade im Bereich Metall die Menschen im Betrieb auf der Strecke bleiben, weil Roboter nun einmal effektiver arbeiten und keine neuen Tarifforderungen stellen. Als Optimist galt schon derjenige, der hoffte, daß der Stand an Beschäftigten trotz aller Rationalisierung wenigstens einigermaßen gehalten werden kann. Die Gründe für diese überraschende Aufwärtsentwicklung sind mannigfaltig. Gewiß spielt der Wachstumsschub im Metallbereich eine große Rolle, der Export ist gestiegen, und im Inland wird wieder spürbar investiert. Aber auch die unmittelbaren Folgen der Arbeitszeitverkürzung sind nicht gering zu veranschlagen.

Bei der Ursachenforschung versuchen Arbeitgeber und IG Metall, die jeweils für sie günstigen Argumente herauszustellen. Gesamtmetall möchte die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung herunterspielen und möglichst gering erscheinen lassen, die Gewerkschaft wiederum sieht in der von ihr erstrittenen 38,5-Stunden-Woche den vornehmlichen Grund für den Anstieg bei den Belegschaften. Diese Erbsenzählerei jedoch führt zu nichts.

Wahrscheinlich liegt die Wahrheit in der Mitte: Konjunkturaufschwung und Arbeitszeitverkürzung haben gleichermaßen ihren Anteil an der erfreulichen Entwicklung.

Kölnische Rundschau, 28. Juni 1985

■ ABGAS-KOMPROMISS

EG-Beschlüsse führen zu einer drastischen Reduzierung der Schadstoffe

Mit der Einigung des EG-Umweltrates über die Abgasgrenzwerte für Autos ist ein entscheidender Durchbruch bei dem Kampf um eine lebenswerte Umwelt gelungen. Was der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in 13 Jahren nicht gelang, hat die von der CDU geführte Koalition der Mitte unter Bundeskanzler Helmut Kohl in nicht einmal drei Jahren zuwege gebracht.

Noch 1982 hielt der damalige Bundesverkehrsminister Volker Hauff eine europäische Einigung über dieses schwierige Problem für unmöglich. Im Sommer 1983 begann die Stunde Null für das schadstoffarme Auto. Nach zähen Verhandlungen und unzähligen Konsultationen auf allen Ebenen hat jetzt Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann ein Ergebnis erreicht, wovon Sozialdemokraten nur träumen konnten.

Die EG-Beschlüsse führen zu einer drastischen Reduzierung der Schadstoffe. Die künftigen Grenzwerte werden im Vergleich zu den Werten der 70er Jahre um 70 Prozent verschärft. Die Regelungen im einzelnen:

Für Autos über zwei Liter Hubraum betragen die neuen Grenzwerte: Kohlenmonoxid 25 g/Test, Kohlenwasserstoffe und Stickoxide 6,5 g/Test. Für Mittelklassewagen (Hubraum 1,4 bis 2 Liter) sind die Grenzwerte auf 30 g/Test für Kohlenmon-

oxid und auf 8 g/Test für Kohlenwasserstoffe und Stickoxide festgelegt worden. Für Wagen unter 1,4 Liter Hubraum gelten die Grenzwerte 45 g/Test Kohlenmonoxid und 15 g/Test Kohlenwasserstoffe und Stickoxide.

Für die bei den Verhandlungen besonders umstrittenen Mittelklassewagen wurde auf der Ebene des Vorschlags der EG-Kommission ein Summenwert von 8 g für Kohlenwasserstoffe und Stickoxide festgelegt. Es wurde auf eine Festlegung der Anteile von Kohlenwasserstoffen und Stickoxiden verzichtet, weil einige Länder bei der Umrechnung dieser beiden Schadstoffe unüberwindliche Schwierigkeiten technischer Art sahen.

Für Kleinwagen wurde beschlossen, die verbindliche Einführung umweltfreundlicher Fabrikate um ein Jahr vorzuziehen.

Nach dem heutigen Stand der Technik wird zur Erreichung der Grenzwerte der Katalysator benötigt: in der Klasse über zwei Liter der geregelte Dreibege-Katalysator und in der Mittelklasse der ungeregelte Katalysator. Neue Techniken wie etwa das Magerprinzip mit Oxidationskatalysator werden nicht ausgeschlossen.

Es wurden von den EG-Mitgliedsstaaten ausdrückliche Erklärungen abgegeben, daß alle sich nach Kräften bemühen werden, die möglichst baldige Einführung und allgemeine Verfügbarkeit von bleifreiem Benzin in ihrem Staatsgebiet zu fördern. Damit können Katalysatorautos demnächst in der gesamten Europäischen Gemeinschaft gefahren werden. Autofahrer, die sich für ein Katalysatorauto entscheiden, und damit die Abgase ihres Fahrzeugs um 90 Prozent verringern, müssen nicht an der Grenze haltmachen. Unabhängig von den EG-Beschlüssen bleiben die Steuererleichterungen für den Kauf schadstoffarmer Autos erhalten. Sie sind am 1. Juli d. J. in Kraft getreten. Fahrzeuge über 1,4 Liter Hubraum können mit ei-

nem Höchstbetrag von 2200 Mark bis zu sieben Jahren von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden; Fahrzeuge unter 1,4 Liter Hubraum können ebenfalls steuerlich mit einem Betrag bis zu 750 Mark gefördert werden. Auch wer sein herkömmliches Auto auf schadstoffärmeren Betrieb umrüsten läßt, erhält Steuervorteile.

Damit besteht jetzt für Autofahrer und Industrie die notwendige Rechtssicherheit. Die Vorbehalte Frankreichs und Großbritanniens gegen die Steuervergünstigungen für abgasarme Autos in der Bundesrepublik Deutschland konnten ausgeräumt werden. Andere Länder, wie z. B. die Niederlande, haben angekündigt, daß sie das deutsche Steuerkonzept übernehmen wollen, um vor den festen Einfuhrterminen die freiwillige Einführung schadstoffarmer Autos zu beschleunigen.

Die Bundesregierung hat alles darangesetzt, die Weichen für die Einführung des schadstoffarmen Autos in Europa zu stellen. Eine einheitliche europäische Lösung, wie sie jetzt erreicht wurde, ist schon deshalb allen anderen Lösungen vorzuziehen, weil die Luftschadstoffe grenzüberschreitend transportiert werden und jährlich Millionen Fahrzeuge ausländischer Touristen und Geschäftsleute über bundesdeutsche Straßen rollen. ■

Mainz entscheidet im Herbst über eine Normenkontrollklage

Nach der Sommerpause wird die rheinland-pfälzische Landesregierung endgültig über die Frage einer Normenkontrollklage in Sachen „Abtreibung auf Krankenschein“ entscheiden. Das Mainzer Kabinett hat unter Vorsitz von Ministerpräsident Bernhard Vogel einstimmig beschlossen, den Landesjustizminister zu beauftragen, „einen Antrag und eine entsprechende Antragsbegründung auszuarbeiten und sie dem Kabinett vorzulegen“.

Das alles sind Erfolge

Wir befinden uns in einem sehr langfristig angelegten Prozeß politischer und gesellschaftlicher Veränderungen, der gar nicht in dem engen zeitlichen Rahmen einer Legislaturperiode zu Ende geführt werden kann; und innerhalb dieses Prozesses, der begleitet wird von dem Drängen machtvoller Verbände, kann es natürlich auch nicht ohne Rückschläge und ohne Fehler abgehen. Aber dies ändert nichts an der Richtigkeit unserer Politik. Gemessen an der Hinterlassenschaft der Sozialdemokraten haben wir in den ersten zweieinhalb Jahren viel erreicht: wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität, die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die Festigung des Bündnisses, die Steuerreform . . . Das alles sind Erfolge, die vor zweieinhalb Jahren niemand von uns erwartet hätte.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud